

**Michael Aggelidis** (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag stärkt das politische Gestaltungsvermögen des Landes und wahrt auch die Interessen sowohl der Beschäftigten als auch der Nutzerinnen und Nutzer der Dienstleistungen einer mit einem neuen Geschäftsmodell ausgestatteten Landesbank. Politische Gestaltungsmöglichkeiten gehen der öffentlichen Hand mit jeder Privatisierung verloren. Die Zeit drängt.

Bis zum 15. Februar muss die Bank gegenüber der EU in Brüssel ein neues Sanierungskonzept vorlegen. Es drohen die Zerschlagung der WestLB und der Verlust Tausender von Arbeitsplätzen. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Es ist die Verantwortung der Landesregierung und des Landesparlaments, sich der Zerschlagung der WestLB zu widersetzen und die Landesbank von Grund auf neu zu gestalten – nicht über die Köpfe der Beschäftigten und nicht über die Köpfe der Nutzerinnen und Nutzer hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, seien Sie doch eine Koalition der Einladung über das Parlament hinaus. Laden Sie die Betroffenen zu einem Ratschlag über die Perspektiven der Landesbank ein.

(Zuruf von der CDU: Danke für den Hinweis!)

Beschäftigte sowie Nutzerinnen und Nutzer der Dienste einer erneuerten Landesbank sollen Expertinnen und Experten sowie politische Vorschläge hören und gemeinsam formulieren, was für eine Landesbank sie wollen. Das hätte großen öffentlichen Widerhall. Sie werden sehen, die Betroffenen wollen keine Landesbank, die sich an Spekulationsgeschäften beteiligt. Sie wollen auch nicht, dass die WestLB zur Beute von Finanzhaien wird. Die Betroffenen wollen eine Landesbank, die kleinen Selbstständigen, Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen Kredite zu günstigen Konditionen verschafft, die sozialen Maßstäben verpflichtet ist und sich auf die Sparkassenzentralfunktionen konzentriert. Sie wollen eine Landesbank, deren Geschäftsgebaren transparent und demokratisch kontrolliert ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1189** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen diese Überweisungsempfehlung?

– Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und rufe den nächsten Punkt auf:

## 6 Fragestunde

Drucksache 15/1210

Mit dieser Drucksache behandeln wir die Mündlichen Anfragen 24, 25, 26 und 27.

Ich rufe die

### Mündliche Anfrage 24

des Herrn Abgeordneten Ralf Witzel von der Fraktion der FDP auf:

**Welche Auswirkungen hat die Einführung einer flächendeckenden Umweltzone im Ruhrgebiet auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere wenn ab 1. Januar 2012 nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in die Umweltzone einfahren dürfen?**

*Laut Medienberichten vom 27. Januar 2011, die vom Umweltministerium am gleichen Tag bestätigt worden sind, haben sich die Umweltdezernenten der Ruhrgebietskommunen in einem Schreiben an die Landesregierung gewandt und Forderungen zur zukünftigen Luftreinhalteplanung aufgestellt. Darin fordern sie:*

*eine zusammenhängende Umweltzone Ruhr zum 1. Januar 2012, die die gesamte Fläche aller Ruhrgebietsstädte umfassen soll,*

*Einfahrverbote für alle Fahrzeuge mit gelber Plakette ab dem 1. Januar 2012 und mit grüner Plakette ab dem 1. Januar 2013,*

*Tempo 100 auf allen Revierautobahnen,*

*eine Lkw-Maut auf allen wichtigen Bundesstraßen im Revier.*

*Die „Westfälischen Nachrichten“ vom 28. Januar 2011 berichten sogar über Pläne der Landesregierung, bereits ab dem 1. Januar 2012 nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in die Umweltzonen einfahren zu lassen. Die Folgen dieser Forderungen wären für das Ruhrgebiet, seine Bewohner und die Wirtschaft verheerend. Das Ruhrgebiet, das sich mitten im Strukturwandel befindet, würde als Region für Investoren unattraktiver. Außerdem würden auf die Betriebe im Ruhrgebiet erhebliche Kosten für die Erneuerung ihres Fuhrparks zukommen, da etwa 50 % der Nutzfahrzeuge bislang noch nicht mit einer grünen Plakette ausgestattet sind. Insgesamt besitzen laut Statistiken des ADAC noch mehr als*

*13 % der zugelassenen Fahrzeuge keine grüne Plakette.*

*Weiterhin werden andere Ziele durch die vor-schnelle Verschärfung der Umweltzone konterkariert. Berufspendler, die sich noch 2007 oder 2008 ein verbrauchsarmes und damit CO<sub>2</sub>-armes Dieselfahrzeug gekauft haben, dürften zum großen Teil auf Benziner umsteigen, deren CO<sub>2</sub>-Bilanz deutlich schlechter ausfällt.*

*Darüber hinaus stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit. Wenn grüne Regionen von Städten, in denen es weder mit Feinstaub noch Stickoxiden ein Problem gibt, nun mit einer Umweltzone überzogen werden, kommt dies einer Entzweiung von Bürgern mit Fahrzeugen, die lediglich eine gelbe Plakette haben, gleich. Denn eine Benutzung kommt in der gesamten Umgebung ebenso wenig infrage wie der Verkauf des Fahrzeugs, und das, obwohl die Wirksamkeit von Umweltzonen mehr und mehr infrage gestellt wird.*

*Welche Auswirkungen hat die Einführung einer flächendeckenden Umweltzone im Ruhrgebiet auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere wenn ab 1. Januar 2012 nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in die Umweltzone einfahren dürfen?*

Ich erteile Herrn Minister Remmel zur Beantwortung das Wort.

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Witzel! Am 24. August 2008 ist der regionale Luftreinhalteplan Ruhrgebiet mit über 80 Einzelmaßnahmen zur Minderung von Luftschadstoffen in Kraft getreten. Das Kabinett hat am 1. April 2008 beschlossen, dass die Wirkungen im Rahmen einer Evaluation überprüft werden sollen. Diese Evaluation hat stattgefunden. Die Ergebnisse der Evaluation sind dem Parlament entsprechend übermittelt worden.

Zurzeit befindet sich die Fortschreibung des Luftreinhalteplans in Bearbeitung. Zuständig sind die Bezirksregierungen Düsseldorf, Münster und Arnsberg. Die Projektgruppe hat ihre Arbeit begonnen und arbeitet auch mit den Städten und unterschiedlichen Interessenverbänden zur Aufstellung einer Neuauflage eines Luftreinhalteplans Ruhr zusammen, um darin weitere Vorschläge für die Minderung von Feinstaub und Stickoxide zu unterbreiten. Wir müssen diese Arbeit tun, weil es entsprechende Anforderungen auch der Europäischen Union gibt. Im Rahmen dieser Arbeit der Projektgruppe haben die Umweltdezernenten der Ruhrgebietskommunen Vorschläge unterbreitet, die Ihnen bekannt sind. Sie werden von der Bezirksregierung entgegengenom-

men, bewertet und dann gegebenenfalls in einen solchen Luftreinhalteplan aufgenommen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Witzel mit seiner ersten Nachfrage.

**Ralf Witzel** (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister Remmel, Sie haben in Ihrer Beantwortung den laufenden Evaluationsprozess gerade deskriptiv leidenschaftslos dargestellt. Ich schätze Sie als Umweltminister so ein, dass Sie auch eine persönliche Auffassung dazu haben, was richtig und geboten wäre, wie Sie die bislang vorliegenden Evaluationsergebnisse weiterverfolgen und aufgreifen werden. Dazu meine Frage: Was ist Ihre Haltung zu dem Konvolut der Evaluationsergebnisse und der jetzt in den Ruhrgebietskommunen diskutierten Maßnahmen? Was empfehlen Sie, und was halten Sie für geboten, was zu tun und zu realisieren ist?

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister.

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Witzel, Sie wissen, dass der Kernpunkt der EU-Rahmenrichtlinie „Luftqualität“ der Schutz der menschlichen Gesundheit insbesondere vor Luftschadstoffen ist. Das steht im Mittelpunkt. Wir müssen alles tun, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und um die Vorgaben, die die EU an der Stelle setzt, zu erfüllen. Insofern sind alle Maßnahmen hilfreich, die dazu einen Beitrag leisten können. Wie gesagt, in dem Luftreinhalteplan, den die damalige Bezirksregierung und die Landesregierung 2008 auf den Weg gebracht haben, waren über 80 Einzelmaßnahmen. Insofern will ich mich jetzt nicht bei der Bewertung einer einzelnen oder mehrerer Einzelmaßnahmen aufhalten.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage kommt von Frau Akbayir von der Fraktion Die Linke.

**Hamide Akbayir** (LINKE): Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass auch in NRW das erreicht werden kann, was in Berlin erreicht wurde, das seit 2010 nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in die Umweltzone zulässt, wodurch eine Minderung der Feinstäube um 24 % und der Stickoxide um 14 % erreicht wird?

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. Kurz und klar! – Die nächste Frage kommt von Herrn Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielleicht beantwortet der Minister folgende Frage auch so schnell und klar: Halten Sie den Vorschlag, der von einigen Ruhrgebietskommunen bei unterschiedlichen Anlässen im RVR-Gebiet in den letzten Tagen diskutiert wurde, für richtig und unterstützenswert, vollständig auf allen Ruhrgebietsautobahnen im RVR-Gebiet maximal Tempo 100 zukünftig zuzulassen?

**Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:** Das ist ein Vorschlag, der hinsichtlich seiner Wirkung entsprechend fachlich bewertet werden muss. Ich will mich dazu jetzt nicht näher äußern, weil ich die Ergebnisse nicht kenne.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Minister. – Die nächste Frage kommt von Frau Beuermann von der Fraktion Die Linke.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, ich muss das jetzt ablesen, weil das Thema so komplex und interessant ist. Aber ich denke, dass Sie diese Frage sehr gut beantworten können.

Bestätigen die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Umweltzone im Ruhrgebiet die Machbarkeitsstudie des RVR mit den schon im Jahre 2007 prognostizierten Zahlen, dass nur eine einheitliche, das Kernruhrgebiet umfassende Umweltzone die notwendigen Schadstoffminderungen erreichen kann?

**Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:** Die Evaluation hat gezeigt, dass wir geringfügige Verbesserungen beim Feinstaub, aber unzureichende Verbesserungen bei den Stickoxiden haben; im Gegenteil haben wir hier sogar neue Belastungswerte. Insofern ist die Bewertung insgesamt uneinheitlich.

Wir müssen alle Maßnahmen untersuchen, die zur weiteren Verbesserung der Luftqualität beitragen können. Dazu ist eine große Umweltzone eine weitere zu untersuchende Maßnahme. Aber noch einmal: Die Umweltzone ist eine unter 80 Maßnahmen, die den Luftreinhalteplan bisher beinhalten. Es wäre eine Verkürzung, wenn man ausschließlich über Umweltzonen diskutieren würde. Auch Sie, Frau Abgeordnete, würden wahrscheinlich lieber eine neue S-Bahn-Linie einweihen oder eine neue Busstrecke eröffnen, als eine Umweltzone auf den Weg

zu bringen. Insofern muss man das auch in der Komplexität sehen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Fragen liegen mir gegenwärtig nicht vor.

(Ralf Witzel [FDP] meldet sich zu einer weiteren Zusatzfrage.)

– Herr Witzel, jetzt hat sich aber Frau Beuermann zuerst eingedrückt.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ich lasse Herrn Witzel den Vortritt!)

– Gut, dann nehme ich Sie heraus, Frau Beuermann. Sie müssten sich dann gleich noch einmal einklinken. Ich gebe nun Herrn Witzel gerne das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Kollege Engel war vor mir!

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Nur Herr Witzel, nicht Herr Engel! – Ministerin Sylvia Löhrmann: Nun streitet euch nicht! – Minister Johannes Rimmel: Wenn keiner mehr will, dann ... – Allgemeine Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Da sieht man mal: Mit Freundlichkeit kommt man in diesem Leben strukturell auch nicht immer weiter. – Herr Witzel, wenn Sie jetzt freundlicherweise Ihre Frage stellen, sonst müsste ich Frau Beuermann wieder vorziehen, die Ihnen den Vortritt lassen wollte.

**Ralf Witzel (FDP):** Ich lasse der Dame gerne den Vortritt.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Okay. Dann nehme ich Sie jetzt auch wieder heraus. Frau Beuermann drückt sich bitte noch einmal ein. Frau Beuermann, Sie erhalten jetzt das Wort, und Herr Witzel müsste sich bitte gleich auch noch einmal eindrücken.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Herzlichen Dank, Herr Witzel. Es wäre ja toll, wenn das in den Ausschüssen oder auch bei anderen Gelegenheiten hier im Plenum auch so klappen würde. Ich setze da eine große Hoffnung in Sie bzw. in Ihre Partei!

Herr Minister, entspricht es der Tatsache, dass Fahrzeuge mit grüner Feinstaubplakette auch nach dem 1. Januar 2013 in die Umweltzone Ruhr einfahren dürfen?

**Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:** Wann sollen die einfahren dürfen?

(Bärbel Beuermann [LINKE]: 1. Januar 2013!)

Welche Fahrzeuge?

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Mit grüner Feinstaubplakette!)

– Davon gehe ich aus.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Jetzt haben wir den Kollegen Engel auf dem Platz von Herrn Prof. Pinkwart.

**Horst Engel (FDP):** Genau, Frau Präsidentin. Ich darf hier sitzen, wenigstens für die Fragestunde. – Also: Herr Minister Rimmel, es gibt ja ganz unterschiedliche Studien – das ist ein bunter Strauß –, was die Wirksamkeit solcher Zonen angeht. Wie schätzen Sie denn die Wirksamkeit ganz persönlich ein?

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Eine persönliche Wertung will ich mir an der Stelle verkneifen. Es geht darum, die Anforderungen der Europäischen Union zu erfüllen. Sie wissen, dass einige Städte entsprechende Ausnahmeanträge über das Land und den Bund gestellt haben. Teilweise sind die Ausnahmen bewilligt, teilweise abgelehnt, sodass wir auch immer Vertragsverletzungsverfahren befürchten müssen. Insofern müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Luftqualität zu verbessern. Nur wenn wir das entsprechend dokumentieren, werden wir auch den strengen Maßstäben der EU genügen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Witzel, wenn Sie sich jetzt freundlicherweise noch einmal eindrücken würden. Ich gebe jetzt das Mikro frei. Sie sind dran.

**Ralf Witzel (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Herr Minister, Sie haben eben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Umweltzone ein möglicherweise singulär betrachtet überbewertetes Instrument ist angesichts der Vielzahl von denkbaren Maßnahmen im Luftreinhalteplan insgesamt.

Deshalb lautet meine Frage: Welchen Stellenwert hat für Sie eine Erweiterung bis hin zu einer vollflächigen Ausdehnung der Umweltzone auf das ganze RVR-Gebiet vor dem Hintergrund der Verhältnismäßigkeit und der Möglichkeit, auch andere ebenso wirksame Maßnahmen mit weniger Freiheitseingriff anstreben zu können?

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Die Umweltzone – das hat schon die Anhörung gezeigt, die der Landtag in der letzten Legislaturperiode durchgeführt hat – ist laut Untersuchung des Umweltbundesamtes unter den Maßnahmen, die infrage kommen, offensichtlich die wirksamste, wenn auch nicht mit einem Knopfdruck die volle Wirkung entfaltet werden kann.

Ziel ist es, die Belastungsspitzen – so ist die EU-Systematik ausgerichtet –, also bestimmte Spitzenwerte, zu minimieren. Dazu trägt die Umweltzone offensichtlich bei. Aber ich sage noch einmal: Es ist eine Maßnahme unter sehr vielen. Deshalb muss sie auch entsprechend eingeordnet werden.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Minister. – Die nächste Frage kommt von Herrn Dr. Schoser von der CDU-Fraktion.

**Dr. Martin Schoser (CDU):** Herr Minister, ist es richtig, dass nach den Vorstellungen Ihres Hauses ab 2013 keine Ausnahmen mehr zugelassen werden sollen?

Wie schätzen Sie es ein, dass das durchaus auch existenzgefährdend für Unternehmen sein kann, die sich vielleicht jetzt einen Wagen angeschafft haben, dessen Investition sich amortisieren muss?

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Vielleicht haben Sie Kenntnis darüber erlangt – wir haben jedenfalls dem Parlament davon berichtet –, dass wir mit der Handwerkskammer zusammen eine einvernehmliche Lösung erarbeitet haben, schrittweise eine Umstellung des Fuhrparks zu erreichen: die sogenannte Fuhrparklösung. Das ist dem Parlament zugegangen. Sie wird jetzt umgesetzt. Das heißt, dass die Ausnahmen schrittweise zurückgenommen werden.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Minister. – Frau Freimuth von der FDP-Fraktion hat eine Frage.

**Angela Freimuth (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Herr Minister, ich habe eine Nachfrage, die wunderbar zur Frage des Kollegen Schoser passt. Können Sie die Hilfsmaßnahmen zum Beispiel für die Handwerksunternehmen oder für die kleinen und mittleren Betriebe mit Blick auf die Fuhrparkumstellung näher erläutern, wie das aussehen soll?

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Konkrete Hilfen gibt es über mögliche Programme, die bei der KfW ressortieren. Sie sind in der entsprechenden Information an den Landtag detailliert dargestellt. Ich kann sie jetzt nicht im Einzelnen referieren.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 24 beantwortet.

Ich rufe die

### **Mündliche Anfrage 25**

des Abgeordneten Engel von der Fraktion der FDP auf.

***Was sind die Gründe dafür, dass wesentliche Beteiligte bei der Love-Parade wie Veranstalter Rainer Schaller, der Ordnungsdezernent Wolfgang Rabe, der Crowd-Manager Carsten Walter etc. bislang nicht von der Staatsanwaltschaft vernommen wurden?***

*Die Beantwortung der Kleinen Anfrage, worin das Justizministerium darstellt, dass wichtige Beteiligte sechs Monate nach der Tragödie bei der Love-Parade noch nicht vernommen wurden, wirft Fragen auf, insbesondere inwieweit aufgrund der bisherigen Nichtvernehmung der vorgenannten Personen von ihnen geäußerten Vorwürfen gegen andere Verantwortliche bislang nicht entsprechend nachgegangen werden konnte.*

*Was sind die Gründe dafür, dass wesentliche Beteiligte bei der Love-Parade wie Veranstalter Rainer Schaller, der Ordnungsdezernent Wolfgang Rabe, der Crowd-Manager Carsten Walter etc. bislang nicht von der Staatsanwaltschaft vernommen wurden?*

Herr Minister Kutschaty bekommt Gelegenheit zur Beantwortung.

**Thomas Kutschaty,** Justizminister: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Engel, zu den Gründen, aus denen bestimmte Personen bislang nicht vernommen worden sind, kann ich Ihnen auch hier und heute keine Angaben machen. Einer Auskunft über die Gründe stehen die Persönlichkeitsrechte der genannten Personen und der Umstand entgegen, dass hierdurch in nicht vertretbarer Weise ermittlungstaktische Erwägungen offengelegt werden müssten.

Der Inhalt der Mündlichen Anfrage 25 war, soweit sie sich auf Personen aus dem Bereich des Veranstalters der Love-Parade bezog, Gegenstand der öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 8. September 2010, an der Sie, Herr Engel, selbst teilgenommen haben. Schon damals habe ich gesagt, dass ein Grund unter anderem sein kann, dass Zeugen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch das Recht haben, sich auf ihr Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 der Strafprozessordnung zu berufen.

Im Übrigen ist der im Rechtsausschuss des Landtags am 26. Januar 2011 mitgeteilte Sachstand unverändert.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal Folgendes klarstellen: Die Antwortpflicht der Landesregierung auf Fragen von Abgeordneten des Landtags unterliegt Grenzen im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Landesregierung. Die nähere Grenzziehung bedarf der Würdigung im Einzelfall.

Im Zuge dieser Prüfung ist das in Art. 20 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes normierte Rechtsstaatsprinzip zu beachten, dass unter anderem die Aufrechterhaltung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege und Strafverfolgung gebietet. Der Staat ist verfassungsrechtlich verpflichtet, die Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sicherzustellen. Die Strafprozessordnung setzt ein zu wahrendes Ermittlungsgeheimnis voraus.

Auf der Grundlage von Berichten des Leitenden Oberstaatsanwalts in Duisburg und des Generalstaatsanwalts in Düsseldorf prüft mein Haus in jedem Fall, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und auf welche Art und Weise parlamentarische Anfragen beantwortet werden können. Gegenstand dieser Prüfung ist insbesondere, ob der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht der Landesregierung, Informationsansprüche des Landtags oder einzelner Abgeordneter zu erfüllen, nach konkreter Abwägung der betroffenen Belange ein berechtigtes Geheimhaltungsinteresse entgegensteht.

Ich bitte daher um Ihr Verständnis, dass ich Fragen, die Einzelheiten des laufenden Ermittlungsverfahrens betreffen, aus den Ihnen dargelegten Gründen nicht detaillierter beantworten kann.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Engel.

**Horst Engel (FDP):** Vielen Dank. – Herr Minister Kutschaty, Sie haben die Frage ausführlich beantwortet und den Sachverhalt dargestellt.

Ich würde Sie zu diesem Komplex aber gerne noch einmal fragen, ob es zutrifft, dass es maßgebliche